

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 172 (2006)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Sicherheitspolitischer Dialog : wie, wann und worüber?  
**Autor:** Baumann, Alexander  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-70506>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Sicherheitspolitischer Dialog: Wie, wann und worüber?

Bemerkungen zum grassierenden Zynismus in der sicherheitspolitischen Kommunikation

Die «persönlichen und inoffiziellen Betrachtungen» des stellvertretenden Chefs Direktion für Sicherheitspolitik im VBS in der ASMZ 7/8 2006 (S. 5 bis 6) bedürfen der Entgegnung. Dies nicht nur, weil ich seine zynische Auffassung für falsch, sondern diese auch für unverantwortlich halte. Und weil ich es zudem für eine dringliche staatsbürgerliche (!) Aufgabe halte, diese zu widerlegen. Denn es ist wichtig für die Willensbildung in unserem Land und für seine Sicherheit, immer wieder zu klären, wie und was wir über unsere Sicherheitspolitik denken, und dann entsprechend handeln.

## Anmassende und irrtümliche Aussagen

Die zynische Kommunikationsauffassung von Christian Catrina sagt, dass «die Aufnahmefähigkeit der Bewohner der Schweiz» bei «praktisch permanenter Diskussion» strapaziert würde (S. 5) und dass die Schweiz «vielleicht gelegentlich und zunehmend» ein «Manko an verantwortlichem Umgang mit sicherheitspolitischen Fragen» (S. 6) habe. Er begründet dies damit, dass eine «disputative Befassung mit sich selbst» nicht dazu «geeignet sei», «die Interessen des Landes in einem sich schnell wandelnden Umfeld zu wahren und zu mehren» (S. 5) und dass dieses «Manko» «nicht durch eine grosse sicherheitspolitische Debatte ..., sondern nur durch konstruktives Verhalten in der konkreten Auseinandersetzung mit jenen Fragen» (S. 6) behoben werden könne. Er stützt seine Ansichten unter anderem darauf ab, dass ein solcher Diskurs «derzeit unnötig» sei: «Weder haben sich die Bedrohungen oder andere Rahmenbedingungen fundamental geändert, noch stehen grundlegende Reformen der sicherheitspolitischen Instrumente an.» (S. 6)

## Einspruch und Erweiterung des Erkenntnishorizontes

Ich brauche nicht die treffenden Ausführungen des Chefredaktors (Editorial), von Alex Bänninger («Gedanken eines Bürgers zur sicherheitspolitischen Strategie») oder des SOG-Vorstandes («Appell an die eidgenössischen Räte») in derselben ASMZ-Ausgabe zu wiederholen. Sie widerlegen die Interpretation von Christian Catrina daselbst überzeugend. In demselben Zusammenhang könnte ich im Weiteren mein am 17. Juni 2005 eingereichtes Postulat (05.3460/Sicherheitspolitischer Zwischenbericht), dessen Begründung sowie die oberflächliche und einseitige Erklärung des Bundesrates vom 14. September 2005 anführen, um zu belegen, dass unserem Gemeinwesen und seiner Sicherheit dienende, konsensgestützte Politik nur durch ständigen Dialog und staatsbürgerliche Befassung in und mit der Bevölkerung erreicht werden kann. Ich möchte aber selber einige unübersehbare, die Catrinache Litanei von Irrtümern widerlegende Sachverhalte anführen. Sie erheben Einspruch gegenüber dieser Dosis von Zynismus und wollen durch Erweiterung des Erkenntnishorizontes die schmerzhaft sicherheitspolitische Gehirnblähung ent-

blößen, die derzeit und nicht nur bei ihm grassiert.

## Sicherheitspolitik im Wandel: staatsbürgerliche und sicherheitspolitische Gesichtspunkte und Fakten

*Erstens:* Der Komplexität von Problemen menschlichen Zusammenwirkens und Zusammenlebens, wie sie sich nicht nur in der Naturwissenschaft und Ökonomie, sondern auch und vor allem in der Sicherheitspolitik stellt, kommt man in der Demokratie, in einer den Gemeinwillen gestaltenden und darauf abgestützten Staatsordnung nicht bei, indem man diese verdrängt, auszublenden oder gar zu verniedlichen versucht. Das einzige Korrektiv besteht darin, sich ihr durch Dialog, hartnäckige Lösungssuche und damit Erkenntnisgewinn anzunähern. Es muss um Aufklärung gehen, um Klärung von ungeprüften Behauptungen, interessenbezogenen Verkürzungen, sachimmanenter Voreingenommenheit oder wage mutigen Voraussagen. Gerade weil wir Menschen uns und die Gesellschaften sich leicht von Theorien und Ideologien beeinflussen oder von Vereinfachungen blenden lassen, muss versucht werden, die Gegenwart richtig zu sehen. Das setzt offene Kommunikation und Auseinandersetzung, gedankliche und intellektuelle Vielfalt und Tiefe voraus. Gerade auch in der Sicherheitspolitik. Das fehlt heute, in Bezug auf sowohl die sachliche Qualität als auch Unvoreingenommenheit. Also, deshalb: dauernde Auseinandersetzung mit uns selber, mit unserer Sicherheitspolitik, mit unserem Gemeinwesen, seiner Verfasstheit – in Beherzigung der Wechselbeziehung von Staat und Geist, der Zivilität in Sachen Politik, zur Weiterentwicklung von Wissen und Einsichten für die Sicherheit unseres Staates.

*Zweitens:* Das sachliche Hauptargument in meiner Widerlegung Catrinas lautet: Die Welt hat es heute, am Anfang des 21. Jahrhunderts, seit längerem erkennbar, mit unübersehbar neuen Herausforderungen und einer neuen Qualität der Bedrohung zu tun! Sie sind weder im derzeit gültigen sicherheitspolitischen Bericht des Bundes (9. Juni 1999) noch in den Entwicklungsschritt 2008/11 der Schweizer Armee begründenden Papieren erfasst und mit Bezug auf die Verbundwirkung der sicherheitspolitischen Instrumente aufgearbeitet. Für diese – notabene strategischen – Herausforderungen stehen beispielsweise:

- die sich zuspitzende ideologische, globale Auseinandersetzung um Werte, Welt- und Menschenbilder,
- die grenzüberschreitenden Terrorakte mit einem fundamentalen Wandel des Kriegsbildes sowie des Streitkräfteeinsatzes,
- die schleichende Erosion des Völker- und Kriegsvölkerrechts,
- die Proliferation von Massenvernichtungswaffen,
- das Aufwachsen regionaler Mächte wie China, Indien oder Iran mit der Verlagerung machtpolitischer Auseinandersetzungen in regionalstrategische Räume und deren Destabilisierungspotenziale,
- der auch damit verbundene Wettlauf um natürliche Ressourcen.

Wer, wie Catrina, angesichts dieser Herausforderungen – zwischen- und überstaatlicher sowie grenzüberschreitender Natur in einem Zeitalter der Verflechtung bzw. Globalisierung – von einer «relativ geringen Bedrohung der Schweiz» (S. 6) spricht und verneint (!), dass sich «Bedrohungen oder andere Rahmenbedingungen fundamental» (S. 6) verändert hätten, leidet entweder an Denkschwäche oder versucht bewusste Verharmlosung. Sollten meine eben angeführten sicherheitspolitischen Fakten noch nicht überzeugen, so sei im Kontext des erheblich klärungsbedürftigen Reformkurses der Schweizer Armee daran erinnert, dass sich auch und gerade für Streitkräfte der zentrale sicherheitspolitische Rahmen für internationale militärische Einsätze ändert. Kosovo, Irak, Afghanistan usw. sind hierfür aktuelle Beispiele. Die Lage wandelt sich auch dort stetig, sodass sich zwangsläufig Rückfragen auch an internationales Engagement mit Mitteln der Schweizer Armee stellen.

## Abschliessend: ein Plädoyer für eine ungeschminkte sicherheitspolitische Gegenwartsdiagnose

Es ist höchste Zeit, dass wir uns mit dem sicherheits- und militärpolitischen Paradigmenwechsel und dem, was er für die sicherheitspolitische Strategie der Schweiz bedeutet, auseinander setzen und dies nicht bündensinternen Zynikern und Schönfärbern überlassen. Die Politik, in erster Linie, aber auch Publizistik, Wissenschaft und Milizorganisationen sind hier deshalb gefordert. Freiheit, Frieden und Sicherheit muss man machen, wirken, gewinnen und halten. Von selbst stellen sie sich nicht ein. Sie bedürfen der ständigen Suche und des täglichen Engagements, gerade durch und im sicherheitspolitischen Dialog. Neue strategische Problem- und Spannungsfelder, neue Prozesse von Macht- und Gegenmachtbildung sowie kompetitive Entwicklungen sind unübersehbar. Welche Auswirkungen sie auf die Schweiz haben und haben könnten, ist, wie gezeigt, meines Erachtens nicht oder zu wenig be- und durchdacht. So zeigen allein die Geschehnisse um den Terrorismus und den Energiewettlauf an, dass eine sicherheitspolitische (!) Aufarbeitung und Überprüfung der sieben Instrumente, ihrer Aufträge und Mittel an der Zeit ist. Sie müsste in eine aktualisierte, vorausschauende sicherheitspolitische Konzeption münden, deren Erarbeitung jetzt mit den vielen kompetenten Kräften in unserem Land angepackt werden sollte. Aber zugegeben: Diese aufwändige Arbeit, durch praktischen und tätigen Idealismus motiviert, ist nicht so herzerwärmend wie die zynische Abwehrreaktion benannter Provenienz. Jenem gefährlichen, einlullenden Gift für unser Land gilt es aber entschlossen vorzubeugen und zu widerstehen.

Dr. J. Alexander Baumann, Nationalrat  
Kreuzlingen